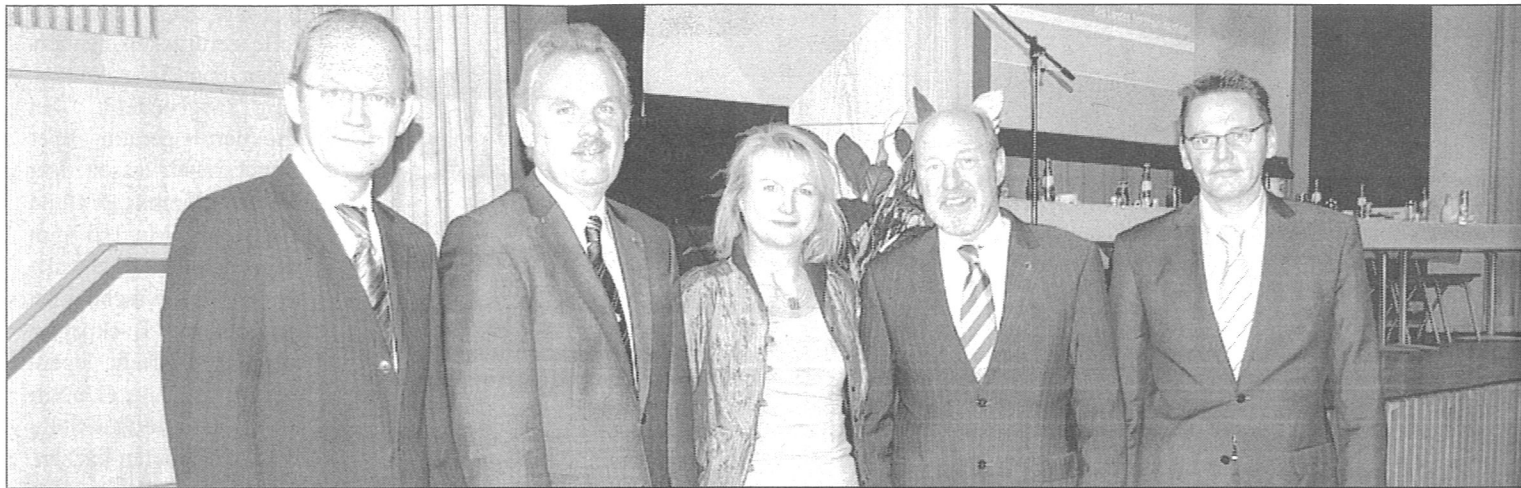




Unser Bild zeigt (v.l.n.r.) Dr. Bernd Jürgen Schneider, Stefan Raetz, Dr. Hildegard Kaluza, Arno Nelles, Andreas Wohland (Es fehlt: Zülfiye Kaykin).
Foto: Pressestelle Stadt Würselen

Schon das Jahr 2011 im Visier

300 Vertreter der Städte und Gemeinden in Würselen

Würselen. Die 72. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für den Regierungsbezirk Köln im nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebund, kurz StGB NRW, fand in Würselen statt.

Dem Verband gehören 359 der insgesamt 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen an, seine Aufgabe besteht in der Beratung und Interessenvertretung der Mitgliedskommunen gegenüber

der Regierung und der Kommunikation kommunaler Angelegenheiten. Die Sitzungen der Bezirksarbeitsgemeinschaften, wie sie jetzt in Würselen stattgefunden hat, bieten eine Plattform zum Austausch über aktuelle Themen der Landesregierung und somit eine wichtige Möglichkeit für die Bürgermeister, kommunale Interessen über den Städte- und Gemeindebund in die einzelnen Gesetzgebungsverfahren

einzubringen.

Bürgermeister Arno Nelles freute sich, die Kolleginnen und Kollegen des StGB auch einmal in seiner Heimatstadt zu begrüßen und damit Würselen überregional zu präsentieren, „wenngleich wir von der hohen Teilnehmerzahl etwas überrumpelt wurden“, wie er im Nachhinein feststellte.

Knapp 300 Mitglieder hatten sich zu der Tagung angemeldet, das waren nahezu doppelt so viele

wie ursprünglich geplant. Der Veranstaltungsort wurde kurzerhand vom Rathaus in die Aula des Gymnasiums verlegt, um allen Gästen Platz bieten zu können. Problematischer war hingegen die Parksituation. „Es blieb uns nichts anderes übrig, als sämtliche in der näheren Umgebung der Aula gelegenen Parkmöglichkeiten für diesen Zweck freizuhalten und auf das Verständnis der Bürger zu hoffen, die ortskundig

sind und an diesem Vormittag ausnahmsweise auf andere Parkplätze ausweichen“, erklärt Arno Nelles und entschuldigt sich gleichzeitig für möglicherweise entstandene Unannehmlichkeiten.

Inhaltlicher Schwerpunkt der 72. Sitzung in Würselen waren Themen, die 2011 eine hervorgehobene Bedeutung für die Städte und Gemeinden einnehmen werden. (red)